

Bocholter Volksblatt

Ämtlicher Anzeiger der Stadt Bocholt und benachbarter Orte.

Erstausgabe wöchentlich 7 mal. Der Samstag-Morgen wird das viertägige "Bocholter Unterhaltungsblatt" und das achtseitige "Bocholter Nachrichtenblatt" gratis beigelegt. Abonnementspreis monatlich 1.00 Mk., oder vierteljährlich 3.00 Mk., oder halbjährlich 6.00 Mk., oder jährlich 12.00 Mk., von der Expedition abgeholt. 1.00 Mk., von der Post abgeholt 1.20 Mk., bei den Postämtern und Haus zu Haus 1.20 Mk.

Organ der Zentrumspartei.
Verantwortlich für den allgemeinen Teil:
Redakteur Joseph Weber in Bocholt.

Angelagen kosten für Einzelstücke (Bocholt und Rheide) die Petitzeile oder deren Raum 10 Pfg., für Anzeigen 16 Pfg. Bei größeren Anzeigen und Wiederholungen derselben werden wir entsprechenden Rabatt. Einzelnen Anzeigen jedesmal bis nachmittags 5 Uhr vor Ausgabe der Zeitung. Größere Anzeigen wollen man und jedoch möglichst vormittags, wenn möglich, einbringen. — Kleinanzeigen kosten pro Petitzeile 40 Pfg.

Verantwortlicher Hr. 33.

Angelagen-Kategorie für Rheide und Umgebung bei J. G. Schmid.

Nr. 53.

Druck und Verlag von J. & M. Kemming in Bocholt.

Freitag, 25. Februar 1910.

Für den Redaktions- und Anzeigenteil verantwortlich: J. Kemming in Bocholt.

39. Jahrgang

Deutscher Reichstag.

* Berlin, 23. Febr.

Im Reichstage wurde heute nachträglich der gestrige 70. Geburtstag des Abgeordneten Weber dadurch zum Ausdruck gebracht, daß auf seinem Platte ein Strauß roter Nelken niedergelegt war. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte Vizepräsident Dr. Spahn Mitteilung von Konnolenzschreiben des Kaisers und anderer Bundesfürsten anlässlich des Ablebens des Präsidenten Graf Stolberg. Das Schreiben des Kaisers lautet: Die Mitteilung von dem Hinscheiden des Präsidenten des Reichstages und Grafen zu Stolberg-Wernigerode hat mich mit herzlicher Teilnahme erfüllt und ich spreche dem Reichstag zu diesem schweren Verlust mein tiefgefühltes Beileid aus.

Alsdann trat man in die eigentliche Tagesordnung ein.

Das Reichskontrollgesetz, welches die Kontrolle über den Reichshaushalt und über den Etat für Eisenbahnen dem Rechnungshof des Deutschen Reiches übertragen will, wurde an die Budgetkommission überwiesen. Sodann wurde die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern fortgesetzt.

Hr. Graf Eramer (konf.) verlangte vor allem die baldige Vorlage eines Gesetzes über die Privatbeamtenversicherung. Des weiteren nahm er Stellung zu einer Reihe von Resolutionen, die zu diesem Etat vorliegen.

Hr. Stresemann (nlt.) berührte eine Anzahl von Fragen der Handelspolitik und kam dabei auch auf den Hausabund zu sprechen, indem er gegenüber dem Abg. Dr. Mayer-Kaufmann bemerkte, der Entwurf des von diesem mitgeteilten Aufzuges habe auch den Satz enthalten: "Wenn das Zentrum seine Wirtschaftspolitik aufgibt, dann kann der Hausabund Hand in Hand mit dem Zentrum gehen." Eine sonderbare Zumutung! Die Wirtschaftspolitik des Zentrums beruht bekanntlich auf einem Ausgleich der wirtschaftlichen Interessen, der aber dem Hausabund bei seiner wirtschaftlichen Interessenvertretung zum Schutze von Wölfe, Handel und Industrie nicht paßt.

Staatssekretär Delbrück verteidigte die Handels- und Wirtschaftspolitik des Reiches, die durch Handelsverträge und Zolltarife festgelegt ist, und warnte vor vorzeitigen abweichenden Erörterungen. In der Frage der Mühlenumsatzsteuer will der Staatssekretär erst die Produktionsstatistik abwarten, auch mit einem Kartellgesetz hat er keine Eile; wenn ein einzelnes

Syndikat das öffentliche Interesse schädige, könne ein Spezialgesetz eingreifen. Von den handelspolitischen Verhandlungen mit Frankreich sei eine Verständigung auf friedlichem Wege ohne Repressalien zu erwarten. In der Frage der Privatbeamtenversicherung brückte sich der Staatssekretär sehr vorsichtig aus: er möchte keine Versprechungen geben, die er nachher nicht halten könne, aber die Regelung dieser Frage werde er sogleich in die Hand nehmen, sobald die Reichsversicherungsordnung aus seinen Händen sei.

Hr. Brexli (pole) beklammerte die von den Polen eingebrachte Resolution, worin die Vorlegung eines Gesetzentwurfs betreffend Regelung des Aufenthalt der Ausländer im Deutschen Reich gefordert wird, und trat weiterhin für das Ausländerrecht der Ausländer ein. Die Weiterberatung wurde schließlich vertagt.

Preussischer Landtag.

* Berlin, 23. Febr.

Das Abgeordnetenhaus vertrat in seiner heutigen Sitzung die Vorlagen über die Erweiterung der Stabskreise Magdeburg und Spandau nach unerbittlicher Debatte an die verstärkte Gemeindefinanzkommission.

Der dann verhandelte Etat des auswärtigen Amtes erledigte sich nach kurzer Debatte.

Beim Etat der Oberrechnungskammer wurde der Bureaukratismus derselben bemängelt.

Der Etat des Kriegsministeriums wurde ohne Debatte genehmigt.

Sodann ging die Verhandlung zur Beratung des

Etats des Ministeriums des Innern

über, wobei jedoch die Fragen der Wahlreform der rheinischen Landgemeindevorordnung der Bildung von Zweckerbänden und der Regelung des Automobilverkehrs, die den Gegenstand besonderer Vorlagen bilden, nach dem Antrage der Budgetkommission von der Diskussion ausgeschlossen wurden.

Hr. Dr. Heilig (Ztr.) wies dabei auf die verschiedenen Momente der Polizeiverwaltung hin.

Hr. Dr. Meyer-Muhsen (Ztr.) begründete in eingehender Weise seine Forderung nach Verbesserung der Lage der Veteranen, worauf vom Regierungssitz erwidert wurde, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen nur an günstigster

Verbunsfähige Veteranenbeihilfen geleistet werden sollen.

Besondere Beachtung fand die Rede des Abg. Dr. Bell (Ztr.), der die Reform des Kommunalwahlrechts anspricht, für das vom Zentrum, wie der Abg. Herold bei der allgemeinen Etatsdebatte bereits angemerkt hat, ebenfalls die Einführung des geheimen Wahlrechts verlangt wird. Der Abg. Dr. Bell wies in überzeugender Weise nach, wie von Seiten der liberalen Mehrheit in den Stadtverordnetenversammlungen des Westens das pluto-kritische System des kommunalen Dreiklassenwahlrechts zu Ungunsten des Mittelstandes trotz der Miquel'schen Reform von 1891 mit ihrem einfachen und anderthalbsachen Durchschnittsprinzip aufrecht erhalten wird, wobei er besonders auf Regensburg exemplifizieren konnte, wo der Sprecher der liberalen Fraktion seinerzeit wörtlich erklärte: "Die liberale Fraktion hat einfach die Pflicht, ihre Mehrheit nach jeder Richtung hin zu sichern. Sie hat diese Pflicht gegen sich und ihre Wähler. Es gibt eine Reihe von Fragen prinzipieller Natur, z. B. die Schulfrage, u. Fragen der Kunst und Literatur, wo wir darauf halten müssen, daß unsere Anschauungen maßgebend bleiben. Da ist es einfach unsere verfluchte Pflicht und Schuldigkeit, die Wahrung unseres Besitzstandes hochzuhalten." Damit hätten es die Liberalen in Regensburg fertig gebracht, bei den folgenden Wahlen mittels des anderthalbsachen Durchschnittsprinzips 471 Wähler aus dem Mittelstande, die bis dahin der zweiten Klasse angehörten, in die dritte Wählerklasse zurückzubringen. Es ist nationalliberal! Gegen diesen Mißbrauch der verfassungsmäßigen Autonomie, die dem sozialen Grundgedanken der Miquel'schen Reform geradezu zuwider spräche, sei aber seitens der Verfassungsbehörden noch nicht eingeschritten, weder in Regensburg noch in Essen und Dortmund, wo die Sachen ähnlich liegen, und wo die Liberalen ihre parteipolitische Interesse zur Aufrechterhaltung der liberalen Mehrheit allein entscheidend sein ließen. Der Abg. Dr. Bell beklagte sich weiterhin über die parteipolitische und kapitalfeindliche Haltung mancher Regensburger, über die Hindernisse, die den Anträgen auf Genehmigung künftiger Niederlassungen gerade im Ministerium des Innern, dessen Unterstaatssekretär bekanntlich Herr Holz ist, bereitet werden, über die Direktoren, über Eingriffe der Behörden in die Selbstverwaltung. Schließlich beklagte sich der Zentrumsdemokrat einigend mit einem Buch "Pamphlete", "Hilf Willen u. seine Zeit", das unerhörte Beschimpfungen der kathol. Kirche und die perfidesten Angriffe gegen die Zentrumspartei enthält. Und dieses Pamphlet

sei mit einem Empfehlungsschreiben des Ministers von Moltke veröffentlicht und in der halbamtlichen Berliner Korrespondenz in wohlwollender Weise besprochen und empfohlen worden! Trotzdem es auch den Sturz des Staatssekretärs v. Tirpitz fordert!

Minister v. Moltke entschuldigte sich damit, daß er das Buch nur flüchtig gelesen habe und daß auch Fürst Bülow dasselbe empfohlen habe, was fürwahrige Feindschaft hervorrief. Das Verbot einer polnischen Ansprache auf dem Rathlitzentage in Breslau, das auch von Dr. Bell berührt worden war, sei darauf zurückzuführen, daß die in der deutschen Hauptstadt Schleiens versammelten Deute der deutschen Sprache mächtig gewesen seien und nur eine polnische Versammlung hätten abhalten können.

Hr. v. Pappenheim (l.) mißbilligte das Buch "Fürst Bülow und seine Zeit", und trotz aller Rücksichtnahme auf den Minister des Innern konnte er doch den Zabel nicht unterdrücken, daß derselbe den Kapus einer Empfehlung eines solchen Buches schärfster hätte bebauern müssen.

Hr. Liebmacht (Soz.) kam nach Erörterung einiger anderen Dinge auf die Wahlrechtsdemonstrationen der Sozialdemokratie zu sprechen, die sich würdevoll repräsentiert hätten, während der Besuch des russischen Zaren in Deutschland eine Schmach sei. Das trug dem Redner einen Ordnungsruf ein, wie auch seine weitere Bemerkung gerügt wurde, daß die Handhabung der Fremdenpolizei ein Schmach für die preussische Verwaltung sei, worauf weiterhin noch ein Ordnungsruf erfolgte, als Liebmacht von einer Blutschuld der preussischen Polizei sprach.

Auf seine Ausführungen über die sog. Straßenauflage antwortete Minister von Moltke kurz, daß dieselben auf ihn keinen Eindruck gemacht hätten. Die amtlichen Berichte und unparteiische Zeugen hätten dargelegt, daß die Polizei provoziert worden sei und nur ihre Pflicht getan habe, wofür er ihr dankbar sei. Damit erntete der Minister wieder einen demonstreten Beifall, der ihm nach dem vorausgegangenen Zabel des Abg. von Pappenheim doppelt angenehm sein mochte. Hierauf wurde die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Deutsches Reich.

Zur Präsidentenwahl im Reichstage

schreibt die Kölner Volkszeitung: Eine parlamentarische Korrespondenz hat das Gerücht verbreitet, das Zentrum wolle für die Wahl des Vizepräsidenten Dr. Spahn zum ersten Präsidenten Stimmung zu machen. Wie wir aus besser

Das Geheimnis der Toten.

Kriminal-Roman von R. Mandowsky.

Nachdruck verboten.

"Ist jemand hier?" fragte Frau Professor Gerlochy im Tone unangenehmer Verwunderung. Marie mußte jetzt vorstehen.

"Ich bitte um Entschuldigung, gnädige Frau, ich erlaube den Diener, mich anzumelden."

"Was er nicht getan hat. Warten Sie schon lange?"

Damit war die kleine korpolente Dame in dem etwas überladenen Speisenzimmer herausgekommen. An ihrer Seite erschien jetzt auch ihre Tochter. Sie war ebenso klein, aber mager, und hatte ein nichtsförmiges Gesicht, an dem bloß die großen, dunklen Augen schön waren.

"Ich bin ungefähr zwanzig Minuten hier," antwortete Marie bescheiden. Rein Zug ihres Gesichtes verriet, daß sie das Gespräch nebenan, wenn auch unwillkürlich, belauscht hatte.

"So lange schon? Und nicht einmal setzen konnten Sie sich. Es ist wirklich unerhört von Ihnen, Sie so zu vergessen. Bitte, treten Sie näher."

Ein sympathischer freundlicher Ausdruck, der sie fast verschönte, trat in Luciens Gesicht, als sie das Fräulein eintreten ließ.

Die Mama sah etwas hochmütig, mißvergnügt drein, während sie folgte. Offenbar machte ihr ihre Tochter mit "diesen Dingen" zu viel Gefallen. Aber sie wagte doch nicht, dem Ausdruck zu geben. Das einzige Mädchen war etwas verzogen und tat meist, was ihm gut blinzte.

In dem eleganten hellrotfarbenen Douboir der Hausfrau machte sich Marie nun gleich daran, ihren Rastan auszu packen.

"Mama, ich rate dir ab. Die Mische am Hals kleidet dich nicht."

"Warum? Ist das vielleicht nicht modern, Fräulein?"

"Das Neueste!" beklammerte Marie zu antworten, "wir erhielten diese Modelle erst gestern aus Paris."

"Na also!" Frau Professor sah triumphierend ihre Tochter an. "Ich fand auch, daß sich der Rastan auf dem Fräulein vorzüglich ausnahm."

"Ja, auf dem Fräulein!" meinte Lucie gebehrt.

Sie wollte ihrer Mutter aber doch nicht sagen, daß das schlanke hübschen Mariens und das Fettpolster, auf dem das Rind der Frau Professor ruhte, die hübsche zu sehr verschiedener Wirkung brachten.

"So bleibe es also dabei!" Und Marie packte dann heimlich aufatmend ihre Sachen wieder ein. Als sie fertig war, fragte Lucie freundlich: "Darf ich Ihnen eine kleine Gefälligkeit anbieten, Fräulein? Unsere lange Beratung muß Sie ja ganz erschöpft haben."

Marie lehnte dankend ab — es tat ihr aber doch wohl, daß Lucie so aufmerksam gewesen war.

Dann empfahl sie sich und machte sich auf den Heimweg. Mancher Blick folgte der schlanken Mädchenfigur, die, in tiefes Schauen versunken, dahin schritt. Hier und da huschte ein verstohlenes Lächeln über ihr Gesicht, denn immer wieder kam ihr der Gedanke: Wenn die beiden Damen eine Ahnung hätten, wer unfreiwilliger Zeuge ihrer Auseinandersetzung gewesen war!

Als Marie wieder im Durand'schen Salon anlangte, fand sie dort mehrere Kundinnen, die Frühjahrsgarderoben bestellen wollten. Es gab alle Hände voll zu tun mit Anprobieren der Modelle, Herbeischleppen von Stoffen, Modestücken und dergleichen, und das währte bis zum Geschäftsschluß. Damen können in dergleichen wichtigen Fragen bekanntlich kein Ende finden.

Endlich aber war doch die letzte Kundin gegangen, der Salon in Ordnung gebracht und die Damen machten sich fertig, nach Hause zu gehen. Während nun Frau Durand die letzte Gasflamme abdrehte, sagte sie zu Marie:

"Richtig, beinahe hätte ich vergessen. Morgen ist ja Sonntag. Da möchte ich ins Freie hinaus. Ein hübscher gute Lust wird Ihnen auch gut tun, und ich lade Sie ein, mich zu begleiten. Doktor Rollin ist auch mit von der Partie."

In Marie wollte es heiß auf. Sie wußte, um ihre frische Lust zu verschaffen, war die Einladung sicherlich nicht erfolgt. Schon wollte sie ihrer Prinzipalin antworten, sie danke, sie sei als Salonfräulein und nicht als Gesellschaftstexte engagiert. Zur rechten Zeit aber überlegte sie noch. Frau Durand konnte sehr jähzornig sein, am Ende verlor sie dadurch gar ihren Posten, und was dann? Wenn sie an das Kleid an Hause dachte, graute es ihr.

Daß noch ein kleiner Nachsatz in Frau Durand's Einladung den Hauptgrund zu deren Annahme bildete, wollte sie das stolze Mädchen selbst nicht eingestehen. Sie sagte also:

"Ich danke sehr und werde Sie zur gewöhnlichen Zeit abholen."

Damit ging sie; den spöttischen Blick, der ihr aus den Augen ihrer Herrin folgte, sah sie nicht mehr.

Als Marie das Haus verließ, trat ein hoch gewachsener, gut gekleideter junger Mann, der offenbar auf sie gewartet hatte, zu ihr.

"Du, Heinrich!" rief sie erschrocken, "ist etwas passiert?"

"Gott behüte, Hofenberger!" beruhigte er sie lachend, während er ihren Arm unter den seinen schob, "ich hatte in der Nähe zu tun, deshalb wartete ich auf dich."

Den beiden hohen Gestalten, die nun Arm in Arm daherschritten, sah man sofort an, daß sie Geschwister waren. Derselbe Gesichtsschnitt

mit dem seinen Profil, aber der Mann war schöner als das Mädchen.

"Das ist nett von dir!" meinte jetzt Marie, "übrigens rate mal, wo ich heute war?"

"Beiläufig in der Hofburg bei Königs eingeladen?"

"Gott bewahre!"

"Du weißt, Rind, Rätsel sind meine schwache Seite."

"Bei Gerlochy's war ich."

"Donnerwetter!" eufusie es dem jungen Manne, und die Hand, welche er eben erhoben, um gewohnheitsmäßig am hübschen Schnurrbart zu drehen, sank schlaff herab.

Marie weidete sich einen Augenblick an seiner Lieberausung, dann fuhr sie fort:

"Das ist aber noch gar nichts, der Zufall ließ mich ein Gespräch mit dir beschaffte."

Der junge Mann war bei diesen Worten ein wenig bleich geworden. Die Lippen preßten sich fest aufeinander und auf seiner Stirn bildete sich eine furchige Falte. Das ganze, bisher scheinbar sorglos heitere Gesicht schien verändert. Er sah jetzt aus wie ein Mensch, der mit größter Energie ein einmal ins Auge gefaßtes Ziel verfolgt und alles daransetzt, es zu erreichen.

"Erzähle!" sagte er bloß.

Marie wiederholte genau, was sie gehört. Er unterbrach sie mit keinem Worte; erst als sie geendet hatte, lachte er kurz auf.

"Die Frau Professor zählt sonst nicht unter die Niedrigkeiten, aber diesmal hat sie ihr mütterlicher Instinkt doch schärflicher gemacht, als anzunehmen," sagte er dann. "Die Frau habe ich offenbar unterschätzt."

Marie sah ihn staunend an.

"Wirklich, du trägst dich wirklich mit so verzweigten Hoffnungen?"

(Fortsetzung folgt.)

Quelle wissen, ist diese Nachricht aus den Fingern gezogen. Im Zentrum hat man nie an maßgebender Stelle im Ernst daran gedacht, den Anspruch auf den ersten Präsidentenposten jetzt wieder zu erheben, nachdem man erst vor knapp vier Monaten darauf verzichtet hat. Verhältnisse sind heute noch die gleichen wie damals und das Zentrum hat darum keine Veranlassung zur Wiederholung seines damaligen Entschlusses. Es wird vielmehr den von den Konservativen vorgeschlagenen Kandidaten zum Reichstagspräsidenten wählen.

Zur preussischen Wahlrechtsreform.

Bei der Abstimmung in der Wahlrechtskommission über die Beibehaltung der indirekten und Einführung der geheimen Wahl stimmten außer den Sozialdemokraten und den Freisinnigen noch die anwesenden drei Freikonservativen und Polen dagegen. Dafür stimmten 16 Konservativen, Zentrumsmitglieder und Nationalliberale. Vier Kommissionenmitglieder enthielten sich der Abstimmung. Der gestrige Zentrumsantrag in der Wahlrechtskommission war nicht, wie allgemein in der Presse behauptet worden ist, ein Kompromissantrag zwischen Konservativen und Zentrum, sondern er war selbstständig von dem Abgeordneten Herold ohne Zustimmung mit anderen Parteien ausgearbeitet und eingebracht worden.

S. Berlin, 23. Febr. Der heutige Besuch des Reichskanzlers v. Bethmann Hollweg bei dem Grafen v. Helldorf währte fast vier Stunden und wurde zu einer ausfühligen gegenseitigen Aussprache der beiden Staatsmänner benutzt. Die von Teilnehmern an dem gestrigen Dinner beim Reichskanzler verlautet, war im Verlaufe des Dinner der gegenseitige Meinungsaustausch besonders angeregt und herzlich. Der Kronprinz und die Kronprinzessin empfingen heute nachmittags 3.30 Uhr im Kronprinzlichen Palais den österreichisch-ungarischen Minister des Äußern Grafen v. Kautsky.

S. Berlin, 24. Febr. Der jüngste Kaiserjohann Prinz Joachim erlitt gegenwärtig das Schmeldehandwerk beim Schmiedemeister Hattendorf in Pöhl.

S. Mühlheim (Rhein), 23. Febr. Der liberale Wahlkreis von Mühlheim gibt in der hiesigen Presse durch Angabe folgende Wahlperiode aus: Liberale Wähler! Unsere Parole für die am 26. Februar stattfindende Stichwahl lautet: Keine Stimme dem Zentrum! Das ist offenbar ein Erfolg der liberalen Bemühungen, in der Stichwahl der Sozialdemokratie die für den liberalen Kandidaten abgegebenen Stimmen zuzuführen. Man wird ja sehen, in welcher Weise dieser Parole am 26. Februar Folge gegeben wird.

S. Bielefeld, 23. Febr. Der Vorstand der Nationalliberalen Partei Minden-Ravensberg lehnt einstimmig die freisinnige Kandidatur Traub ab. Nach der Vereinbarung bei der Hauptwahl gehörte das Mandat den Nationalliberalen. Die Partei stellt wieder den Kandidaten des Jahres 1908, Meyer zu Gerrensdorf, auf.

Ausland.

Russland.

Zur Ferdinand bei Zar Nikolaus.

* Petersburg, 23. Febr. Der König und die Königin von Bulgarien sind heute nachmittag in Jarsko Selo eingetroffen und wurden am Bahnhof von Kaiser Nikolaus, den Großfürsten und Großfürstinnen empfangen. Nach der Begrüßung machten der König und die Königin der Kaiserin Alexandra Fjodorowna ihre Aufwartung und folgten alsdann nach dem großen Palais von Jarsko Selo, wo Gemächer für sie in Bereitschaft gesetzt waren.

Griechenland.

Zur inneren Krise.

* Athen, 23. Febr. Die seit einigen Tagen verbreiteten Gerüchte über die Bildung einer militärischen und politischen Gruppe zur Bekämpfung des Offiziersbundes bestärken sich. Nach authentischen Informationen vertritt der aus dem letzten Kriege gegen die Türkei bekannte General Smolenski die Ansicht, daß der Offiziersbund sich sofort auflösen müsse und dem Parlament in seinen Beschlüssen über die Nationalversammlung undbeständige Freiheit zu gewähren sei. Smolenski erklärt zur Durchführung dieser Meinung eventuell ein bewaffneter Vorstoß für nötig. Mit Smolenski sind auch 2 andere Generale, viele Offiziere der Marine und des Landheeres einverstanden. Die hiesige Garulion ist auf 6000 Mann verstärkt worden. In den Provinzen wächst täglich die allgemeine Unzufriedenheit. In Athen ist die Stimmung gedrückt, jede freie Meinungsäußerung wird unterdrückt.

* Brindisi, 23. Febr. Nachdem der Kronprinz von Griechenland und sein Bruder, Prinz Andreas, längere Besprechungen miteinander gehabt hatten, ist der Kronprinz nach Frankreich abgereist. Prinz Andreas kehrt nach Athen zurück.

Amerika.

Die Revolution in Nicaragua.

* Managua, 23. Der Kriegsminister teilte mit, die Regierungstruppen hätten in einem verlustreichen Kampfe die Ausländischen bei Lisma vollständig besiegt.

Arbeiterbewegung.

* Philadelphia, 22. Febr. Zu Gunsten des Ausstandes der Straßenbahnangestellten hat der Präsident der Central Labour Union den allgemeinen Ausstand proklamiert. Derzeit existiert jedoch nur auf die in der Stadt selbst lebenden Arbeiter; darüber hinaus müßte er erst die Billigung der Präsidenten der

anderen Labour Unions finden. Auch im Laufe des heutigen Tages kam es zu großen Menschenansammlungen. Dabei wurde ein älterer Mann, der mit den Ausländischen in gar keiner Beziehung stand, auf den Straßenbamm gedrückt, überfahren und getötet.

* Pointe-a-Pitre (Guadeloupe), 23. Febr. Der Ausstand der Arbeiter auf den Zuckerplantagen dauert an. Im Verlaufe eines Tumultes zwischen den Ausländischen und Soldaten wurden drei Arbeiter getötet und mehrere verwundet. Vielfach streiken die Ausländischen die Zuckerplantagen in Brand.

* Fall River (Mass.), 23. Febr. Sämtliche Baumstofffabriken, mit einer Ausnahme, haben geschlossen. Den Streik durch Schließung der Fabriken für einen Tag in jeder Woche einzuschranken. 25 000 Angestellte werden von dieser Maßnahme betroffen.

Gerichtssaal.

* Düsseldorf, 24. Febr. Ein Arbeiter einer hiesigen Fabrik hatte während der Kündigungsfrist einen Tag ohne Erlaubnis gefehlt, weshalb seine sofortige Entlassung erfolgt war. In der gegen die Entlassung anhängig gemachten Klage vor dem Gewerbegericht berief sich der Kläger auf den § 629 des bürgerlichen Gesetzbuches, wonach jedem Dienstverpflichteten während der Kündigungsfrist auf Verlangen eine angemessene Zeit zum Aufsuchen eines andern Dienstverhältnisses zu gewähren ist. Das Gewerbegericht gelangte zur Abweisung der Klage. Die Worte „auf Verlangen“ könnten nicht dahin ausgelegt werden, daß das Recht der Zeitbestimmung lediglich dem Arbeiter zustehe, daß also der Arbeitgeber ihn weggehen lassen müsse, wenn der Arbeiter es verlange. Die ganze Fassung des § 629 weise darauf hin, daß die Sache jeweils nach billigem Ermessen zu berücksichtigen sei.

Provinzielle Nachrichten.

* Namsdorf, 23. Febr. Die Untersuchung der nach dem Brande eines Strohhagens aufgefundenen Knochenreste hat bisher keinen Aufschluß darüber ergeben, daß es sich um Reste von verbrannten Menschen handelt. Die Angelegenheit ist zur Staatsanwaltschaft übergeben worden. Vielleicht wird eine chemische Untersuchung Klarheit über den Fund bringen.

* Dortmund, 22. Febr. Heute mittag stieß ein aus Bochum stammendes Automobil mit einem Straßenbahnwagen in der Bönenstraße zusammen. Der im Automobil befindliche Eigentümer des Automobils, wurde durch das Fenster auf die Straße geschleudert. Hierbei wurde ihm durch die zerbrochene Scheibe die Kopfhaut fast vollständig abgerissen. Schwer verletzt wurde er in ein Krankenhaus gebracht, wo er hoffnungslos darniederliegt.

* Gattlingen (Ruhr), 23. Febr. Der bei dem Bauunternehmer Reube beschäftigte Bauführer Paul Lindemann holte heute nachmittag von einer hiesigen Bank 8000 M. für Wohnungszwecke ab. Als er das Bankgebäude verließ, wurde er von zwei Arbeitern, die früher bei Reube beschäftigt waren, überfallen und durch Messerstiche schwer verletzt. Der Überfallene hatte die Geldtasche gegenwart, das Geld in die Bank zurückzuschleudern und um Hilfe zu rufen. Die herbeigekommene Polizei verhaftete nach bestiger Gegenwehr die beiden Straßendiebe.

* Weyden, 24. Febr. Heute morgen ist in der früheren Fiederschen Kornbrandweinbrennerei, die vor einiger Zeit in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt wurde, der Dampfkessel explodiert. Die Gewalt der Explosion war so stark, daß die Mauern des Gebäudes zum Teil eingestürzt sind, zum Teil große Risse zeigen. Die Fensterhebeln der benachbarten Häuser wurden sämtlich zertrümmert. In der benachbarten Apotheke wurde alles durcheinander geworfen. Glücklicherweise wurde niemand getötet, nur ein Kontorist erlitt an Kopf und Armen Brandwunden. Mehrere Männern wurden die Haare versengt. Der Brand, der von der hiesigen und der Gattlinger Feuerwehr bekämpft wird, wütet im Kesselhause weiter. Man hofft zwar, ihn von dem übrigen Fabrikgebäude und besonders von den Nachbarhäusern fernzuhalten, doch liegt die große Gefahr vor, daß die im Keller lagernden Spiritusvorräte durch das Feuer entzündet werden, und so eine zweite Explosion entsteht. Wie das Feuer entstanden ist, steht noch nicht fest.

* Wesel, 23. Febr. Von Dredow, Oberst und Kommandeur des Inf.-Regts. Nr. 87 in Rating ist mit der Führung der 79. Inf.-Brig. in Wesel beauftragt worden.

* Emmerich, 23. Febr. Ein Matrose des hier eingetroffenen Schleppschiffs „Grapold Marianne 4“ ist während der Nacht auf der Fahrt vom Ufer zum Schiff ertrunken.

* Krefeld, 23. Febr. Bei einer Eiserforschungsgeleuchtete ein Arbeiter seiner Ehefrau die brennende Petroleumlampe an den Kopf, wodurch die Lampe zur Explosion kam. Hierbei erlitt die Frau derartige Brandwunden, daß sie nach kurzer Zeit starb.

* Engelskirchen, 24. Febr. Heute morgen ist hier ein großer Brand ausgebrochen. Der Pferdebestall, die Scheune und der Saal des Gastwirts Meyr, Pferdehändler und Wobhans von Anton Müller, sowie ein Doppelhaus der Gebrüder Eichbach wurden ein Raub der Flammen. Mobilien und Pferde konnten gerettet werden.

Aus Dab und Fern.

— Berlin, 23. Febr. Bei der Trauerfeier für den Grafen Stolberg ereignete sich, wie der Berliner Sozialist berichtet, ein tragischer Vorfall. Unter den Teilnehmern der Feierlichkeit befand sich auch eine Abordnung des Gräfin

Stolbergischen Gutes Cammin, der u. a. der 70-jährige pensionierte Kammerdiener Ring des verstorbenen Grafen Stolberg angehört. Er stand fast vier Jahrzehnte in dessen Diensten. Eben war Ring im Begriff, einen Kranz an der Woge seines Herrn niederzulegen, als er von einem heftigen Weintrunk befallen wurde und niederstürzte. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein jähes Ende bereitet. Auch Graf Niebach, der Oberhofmeister der Kaiserin, der sich gleichfalls zur Teilnahme an der Trauerfeier in die Dreifaltigkeitskirche begeben hatte, erlitt dort plötzlich einen Schlaganfall und mußte in seine Wohnung zurückgebracht werden.

— Kiel, 23. Febr. Unter dem Verdacht des Landbesverrats wurde hier eine weibliche Person verhaftet.

— Kassel, 23. Febr. Ueber das Vermögen der deutschen Krankenkassenvereine (eingetragene Hilfskassen) ist der Konkurs eröffnet worden.

— Brüssel, 22. Febr. Aus England, Nordfrankreich und Belgien laufen Meldungen ein, die über schwere Stürme, stellenweise verbunden mit starkem Schneefall, berichten. So ist Brüssel vom Telephonverkehr mit Paris und London abgeschnitten. Auch in London erleidet der Telephon- und Telegraphenverkehr vielfach Störungen. Leider hat das Unwetter auch schon zahlreiche Menschenleben gekostet. Mehrere Rüstenschiffe sind gestrandet, die Besatzung zum Teil ertrunken. Die transatlantischen Dampfer treffen mit großen Verspätungen ein. In Nordfrankreich sind mehrere Eisenbahnzüge im Schnee stehen geblieben. Soweit es sich nach der Wetterprognose beurteilen läßt, dürfte das Unwetter noch mehrere Tage anhalten.

— Konstantinopel, 23. Febr. In Mekka ist ein Pestfall festgestellt worden.

Städtische Nachrichten.

* Wöhl, 25. Febr.

(Krankenkassen und Ärzte. Am Mittwochabend fand in der Rotenburg eine allgemeine Vorstands- und Delegiertenversammlung der dem Krankenkassenverband angeschlossenen Krankenkassen statt, in welcher der Verbandsvorstand über den derzeitigen Stand des Krankenkassenverbandes Bericht gab. Die Versammlung war, wie bei dem die Allgemeine immer noch höchst interessierenden Thema nicht anders zu erwarten, sehr gut besucht, indem der ganze große Saal besetzt war. Von einem Mitglied des Verbandsvorstandes wurde ein längeres Referat über den Streit erstattet. Referent griff einleitend auf frühere Verhältnisse zurück und besprach die Ursache und den Zweck der Gründung des Krankenkassenverbandes. Früher habe eine große Zersplitterung in den Krankenkassenvereinen geherrscht und so sei es nicht möglich gewesen, das den Rassen geltend gemachte Selbstverwaltungsrecht in seinem vollen Umfang zu wahren und zu schützen. Das der Krankenkassenverband nur gegründet worden sei, um möglichst viele Beschwerden herauszulassen oder zu sammeln, sei nicht wahr. Beschwerden seien schon vor dem in großer Zahl vorhanden gewesen. Der Verband sei vielmehr gegründet worden zur Wahrung des Selbstverwaltungsrechtes; seine Gründung sei eine Notwendigkeit aus sich selbst gewesen; nicht jedoch sei er gegründet worden, um einen Konflikt mit den Ärzten hervorzurufen. Dagegen müsse ganz energisch protestiert werden. Der Vorstand habe sich von jeher nur von den friedlichsten Absichten leiten lassen. Die Verschleppungspolitik, wie sie aber die alten Ärzte getrieben, sei kein Zeichen von Friedensabsichten gewesen. Die Forderung von Spezialärzten seitens der Krankenkassen sei wohl berechtigt gewesen. Ueberhaupt habe in allen Fällen, das müsse immer betont werden, bei den Rassen eheliche Absicht vorgelegen. Referent kam dann auf Beschwerden und Mißbilligkeiten zu sprechen. Solche seien bei den alten Ärzten vorgekommen und würden auch bei den neuen vorkommen. Allen sie blühten nicht leichtfertig hervorgezogen werden, und dann müßten sie auch an die richtige Instanz gebracht werden, an den Krankenkassenvorstand, und nicht an die Aufsichtsbehörde. Diese haben wohl das Recht der Aufsicht und des Eingreifens, aber nur wo der Krankenkassenverband verlege und seine Schuldbildung nicht tue. Referent behauptete, es werde systematisch gearbeitet, daß sich Patienten Beschwerden gegen die neuen Ärzte konstruieren und diese dann bei der Aufsichtsbehörde vorbrächten. Zudem er dann weitere Verwaltungsmaßnahmen in solchen und ähnlichen Fällen gab, ermahnte Referent, friedlich zu sein, nicht schroff und radikal, auch den alten Ärzten gegenüber. Auch wenn seitens der alten Ärzte Übergriffe vorkommen sollten, so möge man es ihnen nicht so übel nehmen. Es sei ja ein Kampf, bei dem es sich um die Existenz drege, daher sei der Kampf ihr gutes Recht, ob aber immer geistlich erlaubt, das sie täten, das stehe auf einem andern Blatte. Objektivität aber müsse vor allem auch verlangt werden. Referent zog dabei einige Behauptungen in ärztlichen Blättern heran, so, daß der Streit der Rassen jährlich 100 000 M. koste, daß Herr Dr. Longinus nicht 6000 sondern 12 000 M. erhalte. Das sei alles direkt unwahr. Schließlich protestierte Referent noch scharf gegen Versuche, den ganzen Krankenkassenstreit auf die „politische Karre zu laden“. Nur am das eine drehe es sich bei dem Streit, sowohl auf Seiten der Arbeitnehmer wie Arbeitgeber, daß Wohl der Krankenkassen zu schützen. Es wurde dann folgende Resolution zur Diskussion u. Abstimmung vorgelegt:

„Die heute in der Rotenburg tagende Versammlung (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) der dem Krankenkassenverbande angeschlossenen Orts- und Betriebskrankenkassen spricht dem Vorstand des Krankenkassenverbandes ihre Anerkennung für seine bisherige Tätigkeit in Bezug auf die ärzt-

liche Versorgung für die Rassenmitglieder aus. Sie befindet sich in vollem Einverständnis mit dem vom Krankenkassenverband getroffenen Maßnahmen. Die Versammlung stellt fest, daß der Krankenkassenverband vorstehend alles versucht hat, um mit den alten Ärzten ein friedliches Verhältnis zu erhalten, und weist den Versuch in den entstandenen Streit politischer Momente hin, einzutragen, entschieden zurück. In Wöhl stehen Schulter an Schulter Arbeitgeber und Arbeitnehmer ohne Rücksicht auf ihre politische Gesinnung in Orts- und Betriebskrankenkassen einträchtig zusammen. Sie alle sind sich bewußt, daß der Kampf geführt werden mußte. Die Versammlung verpflichtet sich, mit allen geeigneten Mitteln für die neuen Ärzte einzutreten und erwartet vom Vorstand des Krankenkassenverbandes, daß er seine ganze Kraft dem Ausbau des neu eingeführten Ärztesystems widmet.“

Vor Eintritt in die Diskussion wurden der Versammlung noch verschiedene Stellen aus einem Bericht über den Wöhlter Krankenkassenstreit aus dem ärztlichen Vereinsblatt vorgelesen. Wegen der hier gemachten Aufstellungen brachte ein Vorstandsmitglied vor: Der Streit sei von den Rassen nicht gesucht worden. Seit Jahren habe Wöhl unter einer ärztlichen Mordglocke gelitten; Wöhl sei geradezu gespergt gewesen, besonders für Spezialisten. Insbesondere wandle sich jeder Redner auch dagegen, daß die Vorstandsmitglieder f. B. sich verpflichtet hätten, die auf dem Rathaus geflogenen Verhandlungen und Vereinbarungen vor der Delegiertenversammlung zu vertreten. Für die Wahrheitsliebe der alten Ärzte zeuge die ständige Behauptung in ihren Blättern, daß hier 22 000 Personen der Krankenkassen zu verarzten seien, wo doch durch eine statistische Aufnahme festgestellt sei, daß es nur 16 700 Seelen seien. Die Ärzte bestritten weiter, daß Köln das Recht habe, den hiesigen Rassen beizustehen. Mit welchen Mitteln arbeite denn der hiesige Verband? Sei demgegenüber die Kölner Unterstützung ungeschickt, unmoralisch? Redner kam dann auf den sog. Fall Nientimp zu sprechen, gab eine ausführliche Darstellung des Falles, wie er von dem Krankenkassenverband ermittelt worden ist. Die Beteiligung und das Eingreifen des Herrn Bürgermeisters an dem Vorgang sei unverständlich und unangebracht gewesen, besonders im Hinblick auf seine Eigenschaft als Aufsichtsbehörde. Auch mit der am nächsten Tage erfolgten Hinzuziehung des Kreisarztes als Kontrollarzt habe die Aufsichtsbehörde nicht korrekt gehandelt, denn unter Ärzten sei es üblich, daß eine solche Kontrolle nur mit Einverständnis des behandelnden Arztes erfolge. Das sei aber hier nicht der Fall gewesen. Ein weiteres Mitglied des Vorstandes gab im Anschluß daran die Verhandlungen und den Briefverkehr mit dem Herrn Bürgermeister in Sachen dieses Falles Nientimp bekannt. Er führte an, der Herr Bürgermeister habe erklärt, daß er nur als Mensch sich an dem nächsten Vorgang beteilige; weiter habe er mündlich erklärt, der Kreisarzt habe nach der Kontrolle sich geäußert, die Sache sei von Herrn Dr. Longinus einwandfrei behandelt worden und auch „das sei wieder einmal ein Schlag ins Wasser seitens der alten Ärzte“. In dem Mißgeschick, auf das Eingreifen des Krankenkassenverbandes um eine schriftliche Erklärung, daß die Behandlung im Falle Nientimp einwandfrei gewesen, verweist der Herr Bürgermeister auf das noch ausstehende Gutachten des Kreisarztes. Vom Vorstand wurde weiter ein Bescheid bekannt gegeben, wo auf Anzeige eines alten Arztes und einer Hebamme gegen Herrn Dr. Nientimp polizeiliche Erhebungen stattgefunden hätten, ohne Wissen und Willen des betreffenden Mannes. Der Mann habe aber keinerlei Klage gehabt. Es wurde dann die Versammlung aufgelöst, etwa vorliegende Beschwerden gegen die neuen Ärzte offen vorzubringen, damit sie untersucht und abgestellt würden. Die nun folgende Diskussion erbrachte jedoch keine solche Beschwerde; wohl aber wurden verschiedene Sachen gegen die alten Ärzte vorgebracht. Dabei wurde betont, daß anscheinend die alten Ärzte mit allen Mitteln die neuen an den Rängen stellen wollten. Von einer Seite wurde darauf verwiesen, daß man früher den Weg zu der Aufsichtsbehörde mit einer Beschwerde nicht begangen und auch nicht gekannt habe. Damals seien Beschwerden zwischen dem Vorstand der Rasse und dem Ärzteverein verhandelt worden, freiwillig habe man vom letzteren in der Regel keine Antwort bekommen. Ein Fabrikant stellte fest, daß seine Arbeiter mit den neuen Ärzten außerordentlich zufrieden seien. Ein Mitglied des Vorstandes führte die Abneigung der Hebammen gegen die neuen Ärzte, auf die strenge Kontrolle zurück, die die neuen Ärzte ihnen gegenüber übten. Zu dem Fall Nientimp gab ein Fabrikant, der mit dem Herrn Bürgermeister in der fraglichen Nacht zusammengekommen, eine Darstellung, wie er ihnen erschienen; sie hätten nur aus menschlichem Mitleid den Frauen ihren Besuch geleistet. Auf eine Anfrage aus der Versammlung betr. Herrn Dr. Siebel wurden nur Stimmen des Lobes über diesen Arzt und seine ärztliche Betätigung laut. Eine weitere Anfrage, wie es mit der Anstellung von Spezialärzten bestellt sei, fand vom Vorstandsführer die Antwortung dahin, daß man mit solchen in Verhandlung stünde. Damit war die Diskussion erschöpft. Die Abstimmung über die oben angeführte Resolution ergab die einstimmige Annahme derselben. Der Vorstandsleiter schloß alsdann die Versammlung, indem er aus der Aussprache den Schluß zog, daß die gegenwärtige Veranlassung der Rassen so gut, wenn nicht besser wie früher, sei.

Die Wöhlter Wöhl hat am Mittwoch nachmittag im Gedinghallsaale ihre diesjährige ordentliche Generalversammlung ab. Zu derselben waren die Mitglieder fast vollständig erschienen, was der Vorsitzende

Herr Lehrer doch ein Werkstellung der die vorgelagte und in Pöhl Reingewinn Vorstand wurde von Herr Lehrer der Genossen für „Anstalt Genossenschaft“ dann beschloß, daß 1500 M. Gebäude veranlagte, ungeschickte und Aufführung: das durch wiederholte verstorbenen Bismarck — der Herr Gehebe Herr Wolm bisherige Aufgebenden wurde Generalversammlung die Gener die Wöhl. Der aus dem J

Berei
Bon S. S.
384 Seiten.
: Sch
Pre
But
F
in den n
Durch c
denkbar billi

Abteilung Buchhandlung.

Ein Portemonnaie
mit Geld verloren.